

Bebauungsplanänderung Gewerbegebiet „An der Wiese III“

Gemeinde Steinen Gemarkung Höllstein und Hüsing



**Vorprüfung des Einzelfalls nach § 13a BauGB
01.03.2016**

Vorhabenträger: Gemeinde Steinen Bauamt Eisenbahnstraße 31 79585 Steinen	Auftragnehmer: Kunz GaLaPlan Kurhausstraße 3 79674 Todtnauberg  aufgestellt: 01.03.2016
Bearbeitung: MSc. Agrarbiologie, Fachrichtung Landschaftsökologie A, Herb	

INHALTSVERZEICHNIS

1	ANLASS UND RECHTLICHE GRUNDLAGEN _____	1
2	EINORDNUNG DES VERFAHRENS NACH § 13 A BAUGB _____	3
2.1	Prüfung der Rechtfertigung der Einordnung des Verfahrens nach § 13 a BauGB ____	3
2.2	Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß den Kriterien der Anlage 2 BauGB ____	4
3	ZUSAMMENFASSUNG _____	11

1 Anlass und rechtliche Grundlagen

Anlass und Voraussetzung

Anlass für die Vorprüfung des Einzelfalls nach § 13a (1) 2 Anhang 2 BauGB ist die geplante Änderung der Bebauungspläne „Gewerbegebiet an der Wiese I +II“ bzw. die Neuaufstellung des Bebauungsplans „An der Wiese III“.

Betroffen von der Bebauungsplanänderung sind die Flurstücke Nr. 202, 350, 351, 353, 354 und 367 mit einer Gesamtfläche von 52.900 m². Für die westliche Fläche besteht bereits ein rechtskräftiger Bebauungsplan „Gewerbegebiet An der Wiese“ (13.12.1995). Der östliche Teilbereich wurde im Rahmen einer Bebauungsplanänderung „Gewerbegebiet an der Wiese II“ (24.10.2007) aufgrund des neuen Kreisverkehrs bereits einmal überplant.

In beiden Bebauungsplänen mit ca. 5,29 ha ist bisher ein Gewerbegebiet und eine GRZ von 0.6 mit einer Kappungsgrenze von 0.8 festgesetzt. Der Bau von Vergnügungsstätten, Tankstellen, Lagerhallen- bzw. Plätze oder Warenabgabe an letzte Verbraucher werden bisher in der Bebauungsplanvorschrift ausgeschlossen.

Da derzeit konkrete Planvorhaben zur baulichen Realisierung des Gewerbegebiets an der Wiese vorliegen, die deutlich von den im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzten Nutzungsarten, Baugrenzen, geänderte Erschließung usw. abweichen, wird die erneute Änderung des Bebauungsplans notwendig.



Abb. 1: Darstellung des Geltungsbereich (schwarz, gestrichelt), rechtskräftiger Bebauungsplan „Gewerbegebiet An der Wiese“ vom 13.12.1995 (gelb) und rechtskräftiger Bebauungsplan „Gewerbegebiet An der Wiese II“ (orange) der Gemeinde Steinen.

Rechtliche Grundlagen

Die Änderung des Bebauungsplans soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 a BauGB erfolgen. Gemäß § 13a (1) 2 ist bei einer zulässigen Grundfläche nach § 19 (2) der Baunutzungsverordnung von mehr als 20.000 m² bis 70.000 m² die Anwendung des beschleunigten Verfahrens nur zulässig, wenn nach Prüfung der in Anhang II des BauGB genannten Kriterien die Einschätzung erlangt wird, dass der Bebauungsplan voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen hat, die nach § 2 (4) 4 BauGB in der Abwägung zu berücksichtigen wären.

Gleichzeitig dürfen die im UVPG Anlage 1 genannten Richtgrößen für UVP – pflichtige Vorhaben nicht überschritten werden. Im vorliegenden Fall, mit einem Plangebiet von ca. 5,29 ha (= 52.900 m²), liegt die zulässige Grundfläche deutlich unter dem in Anlage 1 zum UVPG unter Nr. 18.7 i genannte Wert von 100.000 m², der zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsstudie verpflichtet. Aufgrund der Überschreitung der Grundfläche von 20.000 m² ist jedoch auch nach dem UVPG die „Vorprüfung des Einzelfalles“ notwendig.

Vorgehensweise Bei der Vorprüfung des Einzelfalles sind die durch das Vorhaben zu erwartenden, nachteiligen Umweltauswirkungen der Genehmigungsbehörde zu benennen.

Erst wenn das Vorhaben aufgrund von besonderen örtlichen Gegebenheiten hinsichtlich der in der Anhang II zum BauGB aufgeführten Schutzkriterien zu erheblichen nachteiligen Auswirkungen führt, ist im Einzelfall eine Umweltprüfung nach §2a BauGB durchzuführen.

Bei den Vorprüfungen ist zu weiter berücksichtigen, inwieweit Umweltauswirkungen durch die vom Träger des Vorhabens vorgesehenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen offensichtlich ausgeschlossen werden.

ergänzender Hinweis Da es sich beim vorliegenden Projekt um die Planänderung für ein rechtskräftig festgesetztes aber bislang nicht realisiertes Gewerbegebiet handelt, sind als Ausgangszustand nicht die Auswirkungen auf die tatsächlich im Gelände vorhandenen Verhältnisse zu prüfen und als Bestandssituation heranzuziehen, sondern die Auswirkungen im Vergleich zu den bisher bereits zulässigen Baumaßnahmen bzw. den im Bebauungsplan definierten Rahmenbedingungen wie z.B. die Grundflächenzahl oder die Geschossigkeit oder die bisher in den Bebauungsplanvorschriften festgesetzten grünordnerischen Maßnahmen wie z.B. Pflanzbindungen, Pflanzgebote oder festgesetzte Grünflächen.

Da ein konkretes Planvorhaben für die Flächen besteht, werden die möglichen Eingriffe nicht gemäß der formellen Darstellung in der Bebauungsplanänderung „Gewerbegebiet An der Wiese I+II“ sondern auf das tatsächliche Vorhaben bezogen (vgl. Tabelle 1).

2 Einordnung des Verfahrens nach § 13 a BauGB

2.1 Prüfung der Rechtfertigung der Einordnung des Verfahrens nach § 13 a BauGB

Tabelle 1: Checkliste Bedingungen für § 13 a BauGB

1	Handelt es sich um eine Maßnahme der Innenentwicklung	
	Der räumliche Geltungsbereich liegt im Innenbereich	ja
	Die Bebauungsplanänderung bezieht sich auf Grundstücke, welche sich bereits innerhalb eines rechtskräftigen Bebauungsplanes befinden.	ja
2	Liegt die zulässige Grundfläche innerhalb der zulässigen Grenzen?	
	Die zulässige Grundfläche liegt unter 20.000 m ²	nein
	Die zulässige Grundfläche beträgt 20.000 m ² bis 70.000 m ² .	ja
3	Ist eine UVP- Pflicht ausgeschlossen?	
	Das beschleunigte Bebauungsplanverfahren gilt ausschließlich für diejenigen Vorhaben, für die keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht (§ 13a BauGB Abs. 1 Satz 3).	
	<p><u>Auswertung:</u> Gemäß Anlage 1 zu § 3 Absatz 1 Satz 1 UVPG Ziffer 18.8 i.V. mit Ziffer 18.7.2 ist für Bebauungsplanänderung grundsätzlich festzustellen, ob es sich um ein UVP-pflichtiges Vorhaben handelt.</p> <p>18. 8: Bau eines Vorhabens der in den Nummern 18.1 bis 18.7 genannten Art, soweit der jeweilige Prüfwert für die Vorprüfung erreicht oder überschritten wird und für den in sonstigen Gebieten ein Bebauungsplan aufgestellt, geändert oder ergänzt wird A = Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls</p>	A
	<p><u>Entscheidung:</u> Für die Bebauungsplanänderung „Gewerbegebiet An der Wiese I+II“ kann eine UVP-Pflicht im Sinne des UVPG ausgeschlossen werden.</p> <p>Als Voraussetzung für die Anwendung des Verfahrens nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) ist eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach dem UVPG durchzuführen.</p>	
4	Ist die Beeinträchtigung von Natura 2000 Gebieten ausgeschlossen?	
	Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass Flora-Fauna-Habitat und Vogelschutzgebiete beeinträchtigt werden.	ja
5	Sind nach überschlägiger Prüfung keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten?	
	Die Vorprüfung des Einzelfalls ergibt, dass der Bebauungsplan voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen verursachen wird.	ja

2.2 Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß den Kriterien der Anlage 2 BauGB

Nr.	Kriterien Anlage 2 BauGB zu §13a	Erläuterung	Erheb- lichkeit
1.	Merkmale des Bebauungsplans, insbesondere in Bezug auf:		
1.1	<i>...das Ausmaß, in dem der Bebauungsplan einen Rahmen im Sinne des § 14b Abs. 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung setzt</i>	<p>Größe</p> <p>Der Geltungsbereich umfasst eine Gesamtfläche von 52.900 m² und bezieht sich auf die Flurstücks- Nr. 202, 350, 351, 353, 354 und 367.</p> <p>Die Fläche ist derzeit bereits als Gewerbegebiet ausgewiesen. Die Fläche wurde bisher noch nicht realisiert und wird derzeit als Fettwiese mittlerer Standorte bewirtschaftet. Im nördlichen Bereich befindet sich eine Feldhecke und ein Feldgehölz.</p> <p>Art und Maß der geplanten baulichen Nutzung</p> <p>Im Bebauungsplan wird ein Gewerbegebiet und ein Teilbereich als eingeschränktes Gewerbegebiet festgesetzt.</p> <p>Die GRZ wird mit 0,8 festgesetzt. Die Höhenentwicklung der Gebäude ist durch Festsetzung der maximalen Gebäudehöhe begrenzt. Die Höhenangaben werden auf die angrenzenden öffentlichen Erschließungsflächen bezogen.</p>	keine
1.2	<i>...das Ausmaß, in dem der Bebauungsplan andere Pläne und Programme beeinflusst</i>	<p>Regionalplan</p> <p>Im Regionalplan Hochrhein- Bodensee 2000 ist die von der Bebauungsplanänderung betroffene Fläche als Siedlungsfläche für Industrie und Gewerbe im Bestand ausgewiesen.</p>	keine
		<p>Flächennutzungsplan</p> <p>Im Flächennutzungsplan Steinen der Gemeinde Steinen ist der durch den Bebauungsplan „Gewerbegebiet An der Wiese“ von 1995 überlagerte Bereich als gewerblich genutzte Baufläche im Bestand ausgewiesen. Der durch die Bebauungsplanänderung „Gewerbegebiet An der Wiese II“ von 2007 überlagerte Bereich ist im FNP Steinen als gewerbliche Fläche in Planung ausgewiesen.</p>	keine
		<p>Bestehende Bebauungspläne</p> <p>Durch die geplante Bebauungsplanänderung „Gewerbegebiet An der Wiese I+ II“ mit 52.900 m² erfolgt die Neuordnung eines Teilbereichs des bestehenden Bebauungsplans „Gewerbegebiet An der Wiese“ (13.12.1995) mit ca. 33.400 m² im westlichen Plangebiet und der rechtskräftigen Bebauungsplanänderung „Gewerbegebiet an der Wiese II“ (24.10.2007) mit ca. 19.500 m² im östlichen Planbereich.</p> <p>Das Plangebiet ist bisher als eingeschränktes Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO, in welchem Lagerhäuser und Lagerplätze gem. § 1 (5) BauNVO sowie Vergnügungsstätten, Einzelhandelsbetriebe und Großhandelsbetriebe mit Warenabgabe an letzte Verbraucher gemäß § 1(5) BauNVO i.V.m. § 1 (9) und § 1(6) BauNVO zulässig sind.</p> <p>Die Bebauungsplanänderung bedingt die folgenden Veränderungen gegenüber den rechtskräftigen Bebauungsplänen:</p> <p>Die GRZ wird von 0,6 bis zur Kappungsgrenze bei 0,8 erhöht. Da jedoch bereits in den rechtskräftigen Bebauungsplänen Nebenflächen bis zur Kappungsgrenze zulässig werden, ergeben sich im Hinblick auf die zulässige Überbauung zunächst keine Veränderungen.</p>	keine

Nr.	Kriterien Anlage 2 BauGB zu §13a	Erläuterung	Erheb- lichkeit
		<p>Durch die Nutzungsänderung der bisher als „öffentliche Grünflächen“ festgesetzten Bereiche entlang der B 317 sowie im Seitenbereich der Verkehrsflächen als „private Grünflächen“ werden die Grünflächen bei der Ermittlung der Nettobauflächen nicht mehr in Abzug gebracht und den Baugrundstücken zugeschlagen.</p> <p>Hierdurch erhöht sich die Nettobaufläche von 3,72 ha auf 4,80 ha. Über die Erhöhung der Nettobauflächen ergibt sich zwangsläufig auch eine Erhöhung der max. versiegelbaren Flächen auf den Baugrundstücken.</p> <p>Insgesamt erhöht sich die maximal zulässige Flächenversiegelung und – überbauung im Plangebiet um ca. 0,66 ha.</p> <p>Die bisher festgesetzten Grünordnerischen Maßnahmen werden weitgehend beibehalten. So werden die Festsetzungen für Pflanzgebote und Pflanzbindungen unverändert übernommen. In Bezug auf die Pflanzgebote werden lediglich die Standorte den neuen Flächenzuschnitten angepasst. Die bisher festgesetzte Fassaden- und Dachbegrünung soll hingegen entfallen.</p> <p>Weitere Darstellungen zur Nutzungsart sind der Begründung oder der Bebauungsplanvorschrift zum Bebauungsplan der rechtskräftigen Bebauungspläne zu entnehmen.</p>	
1.3	<p>....die Bedeutung des Bebauungsplans für die Einbeziehung umweltbezogener, einschließlich gesundheitsbezogener Erwägungen, insbesondere im Hinblick auf die Förderung der nachhaltigen Entwicklung</p>	<p>Die Bebauungsplanänderung „Gewerbegebiet An der Wiese I+II“ findet im bereits überplanten Innenbereich statt, sodass keine Flächeninanspruchnahmen im Außenbereich erfolgen.</p>	keine
1.4	<p>...die für den Bebauungsplan relevanten umweltbezogenen, einschließlich gesundheitsbezogener Probleme</p>	<p>Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit</p> <p>Aufgrund der Lage des Plangebietes und der Entfernung zur nächst gelegenen Wohnsiedlung liegt keine entscheidungserhebliche Betroffenheit der Bevölkerung durch verstärkte Lärm- oder Schadstoffemissionen vor. Das bestehende Einzelhaus mit Wohnnutzung wird über Lärmschutzmaßnahmen geschützt</p> <p>Weiter ist mit einer Zunahme des Ziel- und Quellverkehrs am stark frequentierten Kreisel zu rechnen. Diese Zunahme ist mit der Erhöhung von Schadstoff- und Lärmemission entlang der B 317 gleichgestellt.</p>	gering
		<p>Schutzgut Pflanzen und Tiere</p> <p>Durch die Neuordnung der Flächen entfallen bisher festgesetzte Grünflächen. Die derzeit festgesetzten Pflanzbindungen und Pflanzgebote sollten in die neue Planung übernommen werden.</p> <p>Der tatsächliche Bestand im Gelände besteht hauptsächlich aus einer Fettwiese mittlerer Standorte. Durch das Gebiet verläuft alter und nicht mehr wasserführender Graben. Die Böschungsbereiche nach Osten hin sind mit einer trockenen Saumvegetation bewachsen. Entlang der B 317 stehen mehrere, auch ältere Einzelbäume (v.a. Ahorne). Nördlich verläuft eine asphaltierte Zufahrtsstraße mit einigen Einbuchtungen zur Kläranlage.</p>	gering

Nr.	Kriterien Anlage 2 BauGB zu §13a	Erläuterung	Erheb- lichkeit
		<p>Nördlich der Zufahrtsstraße ist der obere Bereich der Uferböschung zur Wiese mit einer nach § 30 BNatSchG geschützten Feldhecke bewachsen. Im nordöstlichen Bereich südlich der Zufahrtsstraße befindet sich ein üppig ausgeprägtes Feldgehölz, welches sich aus mehreren Arten und abwechslungsreichen Strukturen zusammensetzt.</p> <p>Gegenüber den rechtskräftigen Bebauungsplänen wird die Nettobaufläche und damit auch die zulässige Flächenversiegelung erhöht. Da hierdurch nur „gärtnerisch“ genutzte Grünflächen betroffen sind, die geschützten Biotopstrukturen am nördlichen Gebietsrand sowie hochwertigen Einzelbäume erhalten werden und ansonsten die grünordnerischen Maßnahmen weitgehend übernommen werden, ergibt sich für das Schutzgut Pflanzen und Tiere nur eine geringe Erheblichkeit. Die Durchführung einer Umweltprüfung ist im Hinblick auf das Schutzgut Pflanzen und Tiere nicht erforderlich.</p>	
		<p>Artenschutz</p> <p>Eine Besiedlung von artenschutzrechtlich relevanten Tierarten, vor allem im Bereich der Feldhecken und Feldgehölze kann nicht ausgeschlossen werden. Entsprechende Untersuchungen werden im Frühjahr 2016 durchgeführt und bei der Aufstellung der Bebauungsplanänderung entsprechend berücksichtigt.</p> <p>Die Durchführung einer Umweltprüfung ist nicht erforderlich.</p>	wird geprüft
		<p>Schutzgut Boden</p> <p>Innerhalb des Geltungsbereiches kommt der Bodentyp b117 Brauner Auenboden aus Auengley oder Auenlehm über Flussschotter vor. Insgesamt besitzt der Boden aufgrund seiner sehr hohen Funktion als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf und jeweils mittleren Bewertungen bzgl. der natürlichen Bodenfruchtbarkeit sowie als Filter und Puffer für Schadstoffe eine mittlere bis hohe Bedeutung.</p> <p>Auswirkungen für das Schutzgut Boden sind durch die Zunahme der max. zulässigen Flächenversiegelung um 0,66 ha zu erwarten.</p> <p>Insgesamt ergibt sich für das Schutzgut Boden durch die zusätzlichen, im Rahmen der Nachverdichtung jedoch angestrebten zusätzlichen Flächenversiegelung ebenfalls nur geringe Erheblichkeit. Die Durchführung einer Umweltprüfung ist im Hinblick auf das Schutzgut Boden nicht erforderlich.</p>	gering
		<p>Schutzgut Oberflächengewässer</p> <p>Die Wiese verläuft als Gewässer I. Ordnung ca. 10 m. nördlich des Plangebiets. Gemäß den Vorschriften der bestehenden Bebauungspläne „Gewerbegebiet an der Wiese“ (13.12.1995) sowie „Gewerbegebiet an der Wiese II“ (24.10.2007) ist die Wiese mit samt ihren Uferbereichen, Dämmen und begleitenden öffentlichen Wegen als öffentliche Freifläche zu erhalten und vor negativen Einwirkungen und Störungen zu schützen.</p>	keine

Nr.	Kriterien Anlage 2 BauGB zu §13a	Erläuterung	Erheb- lichkeit
		<p>Da weder Änderungen noch Beeinträchtigungen für das Oberflächengewässer Wiese (Gewässer- ID 11.474) zu erwarten sind, erübrigen sich weitere Untersuchungen. Innerhalb des Plangebiets befindet sich auf Flst. 351 eine trockener ehemaliger Graben.</p> <p>Das Gebiet ist in der Hochwassergefahrenkarte als gegen Hochwassergefahren geschütztes Gebiet mit einer Überschwemmung bei HQ extrem dargestellt. Durch die zusätzliche Flächenversiegelung ergeben sich gegenüber den rechtskräftigen Bebauungsplänen im Hinblick auf die Überschwemmung bzw. den Retentionsraum keine erheblichen Veränderungen.</p> <p>Die Durchführung einer Umweltprüfung ist im Hinblick auf das Schutzgut Oberflächengewässer nicht erforderlich.</p>	
		<p>Schutzgut Grundwasser</p> <p>Das Gewerbegebiet liegt innerhalb der grundwasserleitenden hydrogeologischen Einheit der jungquartären flusskiese und Sande entlang der Wiese. Des Weiteren liegt das Plangebiet innerhalb des Wasserschutzgebiets 018 Lörrach: TB 1-3 Wilde Brunnen, Zone III & IIIA (WSG- Nr. Amt: 336.018).</p> <p>Durch die Erhöhung der versiegelbaren Fläche um 0,66 ha sind entsprechende Auswirkungen auf die Grundwasserneubildung zu erwarten. Eine Entwässerung bzw. Versickerung der Oberflächenwasser der Gewerbeflächen über den belebten Oberboden bzw. über Sickermulden ist aufgrund der Vorschriften in der gültigen Wasserschutzgebietsverordnung voraussichtlich nicht möglich. Es sollte nochmal geprüft werden ob zumindest eine flächige Versickerung des unverschmutzten Dachflächenwassers möglich ist.</p> <p>Insgesamt sind für das Schutzgut Grundwasser geringe Auswirkungen im Sinne des UVPG zu erkennen, welche durch die Einhaltung möglicher Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen weitestgehend relativiert werden können.</p> <p>Die Durchführung einer Umweltprüfung ist im Hinblick auf das Schutzgut Grundwasser nicht erforderlich.</p>	<p>gering</p> <p>abhängig von Bebauungs- planvorschrift</p>
		<p>Schutzgut Klima/Luft</p> <p>Das vordere Wiesental gehört zu den klimatisch begünstigten Regionen in Deutschland. Die relativ hohe Jahresmitteltemperatur von ca. 9 °C und durchschnittlichen Niederschlagsmengen von ca. 900 - 1000 mm kennzeichnen das relativ milde Klima im Bereich des vorderen Wiesentals. Infolge der Tieflage in direkter Nachbarschaft zur Rheinniederung ist das Gebiet mit häufigen Nebeln im Herbst und im Winter stark inversionsgefährdet. Gemäß den Angaben im Klimaatlas ist im Plangebiet mit 10 bis 20 Nebeltagen pro Jahr zu rechnen. Die durchschnittliche Anzahl der Tage mit Wärmebelastung ist bei ca. 20 – 24 Tagen im Jahr relativ hoch.</p> <p>Von einer ausgeprägten Frisch- und Kaltluftleitbahn ist im Bereich des Wiesentals auszugehen. Die Mächtigkeit der abfließenden Kaltluft beträgt ca. 25m.</p>	<p>gering</p>

Nr.	Kriterien Anlage 2 BauGB zu §13a	Erläuterung	Erheb- lichkeit
		<p>Auch für das Schutzgut Klima/ Luft ergeben sich durch die zusätzlichen Flächenversiegelungen von 0,66 ha geringe zusätzliche Beeinträchtigungen. Die daraus resultierenden zusätzlichen Überhitzungserscheinungen können über entsprechende Pflanzgebote für Bäume und Gehölze voraussichtlich kleinklimatisch ausgeglichen werden.</p> <p>Die Durchführung einer Umweltprüfung ist m Hinblick auf das Schutzgut Klima/Luft nicht erforderlich.</p>	
		<p>Schutzgut Landschaftsbild / Erholung</p> <p>Eine Erholungsnutzung erfolgt vor allem durch ein Wegenetz für Fußgänger und Radfahrer entlang der Wiese. Auf eine entsprechende Eingrünung der Gewerbestandorte sowie den Erhalt der vorhandenen Baumbestände an der B 317 ist zu achten.</p> <p>Durch die B317 und die großflächige angelegte Verbandskläranlage bestehen bereits landschaftsprägende Vorbelastungen.</p> <p>Durch Erhöhung der bisher möglichen Flächenversieglung um 0,59 ha entstehen für das Schutzgut keine signifikanten Eingriffe. Durch angemessene grünplanerische Festsetzungen in der aufzustellenden Bebauungsplanänderung kann eine Eingrünung der Gewerbeflächen bewirkt werden.</p> <p>Insgesamt sind für das Schutzgut Landschaftsbild/ Erholung im Vergleich zum bestehenden Bebauungsplan keine erheblichen Auswirkungen im Sinne des UVPG zu erkennen. Die Durchführung einer Umweltprüfung ist nicht erforderlich.</p>	keine
		<p>Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter</p> <p>nicht betroffen</p>	keine
		<p>Wechselwirkungen</p> <p>nicht betroffen</p>	keine
1.5	...die Bedeutung des Bebauungsplans für die Durchführung nationaler und europäischer Umweltvorschriften;	<p>Die Bebauungsplanänderung „Gewerbegebiet An der Wiese I+II“ hat keinen Einfluss und keine Bedeutung für die Durchführung nationaler oder europäischer Umweltvorschriften, da lediglich ein bestehender rechtskräftiger Bebauungsplan mit bestehender Nutzung für ein konkretes Planvorhaben gemäß den planerischen Darstellung des Architektenbüros Männer vom 08.11.2015 angepasst wird.</p>	keine

2. Merkmale der möglichen Auswirkungen und der voraussichtlich betroffenen Gebiete, insbesondere in Bezug auf:

Nr.	Kriterien Anlage 2 BauGB zu §13a	Erläuterung	Erheblichkeit
2.1	<i>...die Wahrscheinlichkeit, Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkungen;</i>	Der Bauungsplan dient zeitlich unbefristet der planungsrechtlichen Sicherung der weiteren Entwicklung der Bestandsnutzung sowie der Schaffung von Zulässigkeitsvoraussetzungen zukünftiger Nutzungen. Das Eintreten der Beeinträchtigungen ist als sicher und dauerhaft anzusehen. Ein Rückbau des Gewerbegebietes ist zwar möglich aber wenig wahrscheinlich.	keine
2.2	<i>...den kumulativen und grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen</i>	Der Geltungsbereich des bisher ausgewiesenen Gewerbegebiets wird nicht verändert. Demnach ergeben sich keine zusätzliche Auswirkungen kumulativer und grenzüberschreitender Art.	keine
2.3	<i>...die Risiken für die Umwelt, einschließlich der menschlichen Gesundheit (z. B. bei Unfällen)</i>	Durch die geplante Tankstelle könnte es zu Unfällen mit Treib- oder Schmierstoffen bei nicht sachgerechter Lagerung oder Verwendung dieser Stoffe bzgl. des Grundwasserschutzgebiets kommen. Insbesondere im Hinblick auf die Lage im Wasserschutzgebiet ist dieser Sachverhalt im weiteren Verfahren zu prüfen. Da es sich bei der Planänderung lediglich um eine Erhöhung der versiegelbaren Fläche bzw. der Erschließungsstraßen und Bauflächen innerhalb eines bestehenden Gewerbegebiets handelt sind durch die Planänderung für die sonstigen Gewerbeflächen keine zusätzlichen Risiken zu erwarten. Eine signifikante Erhöhung des Ziel- und Quellverkehrs ist durch die Planänderung ebenfalls nicht zu erwarten. Da das Gebiet zudem direkt an der B 317 liegt und keine Wohnbauflächen durchquert werden müssen, können diesbezüglich entscheidungserhebliche Auswirkungen ausgeschlossen werden.	gering abhängig von Bebauungs- planvorschrift
2.4	<i>...den Umfang und die räumliche Ausdehnung der Auswirkungen</i>	Die Auswirkungen bleiben auf den räumlichen Geltungsbereich des Gewerbegebiets beschränkt. Da nur eine Änderung der überbaubaren Flächen und Grundstückszuschnitte im bereits rechtskräftigen Gewerbegebiet erfolgen, ergeben sich auch für die direkt angrenzenden Flächen keine entscheidungserheblichen Veränderung.	keine
2.5	<i>...die Bedeutung und die Sensibilität des voraussichtlich betroffenen Gebiets auf Grund der besonderen natürlichen Merkmale, des kulturellen Erbes, der Intensität der Bodennutzung des Gebiets jeweils unter Berücksichtigung der Überschreitung von Umweltqualitätsnormen und Grenzwerten</i>	Da das Gebiet bereits derzeit als Gewerbegebiet ausgewiesen ist, und nur eine Erhöhung der versiegelbaren Flächen sowie der Grundstückszuschnitte erfolgt, kann eine Betroffenheit von besonders sensiblen Nutzungen oder ein Überschreitung von Umweltqualitätszielen ausgeschlossen werden.	keine

Nr.	Kriterien Anlage 2 BauGB zu §13a	Erläuterung	Erheb- lichkeit
2.6	folgende Gebiete		
2.6.1	...Natura 2000- Gebiete nach § 7 Ab- satz 1 Nr. 8 BNatSchG	nicht betroffen	keine
2.6.2	...Naturschutzgebiete gemäß § 23 BNatSchG, soweit nicht bereits von Nummer 2.6.1 erfasst	nicht betroffen	keine
2.6.3	... Nationalparke ge- mäß § 24 BNatSchG, soweit nicht bereits von Nummer 2.6.1 er- fasst	nicht betroffen	keine
2.6.4	...Biosphärenreservat e und Landschafts- schutzgebiete gemäß den §§ 25 und 26 BNatSchG	nicht betroffen	keine
2.6.5	...gesetzlich geschütz- te Biotope gemäß § 30 BNatSchG	Entlang der nördlichen Grenze des Plangebiets verläuft das Offenlandbiotop „Feldhecke an der Wiese II“. Es handelt sich um eine langgestreckte, schmale Feldhecke auf dem südlichen Hochwasserdamm der Wiese. Da die bereits vorhandene Pflanzbindung der Feldhecke aus dem bestehenden Bebauungsplan übernommen wird, können Beeinträchtigungen auf das Offenlandbiotop ausgeschlossen werden	keine
2.6.6	Wasserschutzgebiete gem. § 51 WHG, Heilquellenschutzge- biete gemäß § 53 Ab- satz 4 WHG sowie Überschwemmungs- gebiete gem. § 76 WHG	WSG 018 Lörrach: TB 1-3 Wilde Brunnen, Zone III & IIIA (WSG- Nr. Amt: 336.018). Die Einhaltung der Richtlinien der Wasserschutzgebietsverordnung sind zwingend einzuhalten und entsprechende Festsetzungen innerhalb der Bebauungsplanänderung zu treffen. Diese sind insbesondere im Hinblick auf die geplante Tankstelle zu prüfen. Im Plangebiet sind stellenweise Überflutungsflächen bei HQ _{extrem} ausgewiesen. Ein Großteil dieser Flächen ist als „Geschützter Bereich bei HQ ₁₀₀ “ ausgewiesen. Da lediglich eine Überplanung einer vorhandenen Gewerbefläche erfolgt, entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen für die Schutzgebiete oder Überschwemmungsflächen.	keine
2.6.7	...Gebiete, in denen die in den Gemein- schaftsvorschriften festgelegten Umwelt- qualitätsnormen be- reits überschritten sind	nicht betroffen	keine

Nr.	Kriterien Anlage 2 BauGB zu §13a	Erläuterung	Erheb- lichkeit
2.6.8	<i>...Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte im Sinne des § 2 Abs. 2 ROG</i>	nicht betroffen	keine
2.6.9	<i>...in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmal-schutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.</i>	nicht betroffen	keine

3 Zusammenfassung

Ergebnis

Aufgrund der im Untersuchungsgebiet festgestellten örtlichen Ausprägungen der relevanten Schutzgüter, der bestehenden Ausweisung und Nutzung der Fläche als Gewerbegebiet, der spezifischen Projektmerkmale ist nach Ansicht des Verfassers die Durchführung einer Umweltprüfung nach §2a BauGB nicht erforderlich.

Allerdings sind die artenschutzrechtliche Belange nach § 44 BNatSchG im weiteren Verfahren zu prüfen sowie in Bezug auf die Schutzgüter Boden und Grundwasser entsprechende Festsetzungen zur Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen zu berücksichtigen.

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls für die Aufstellung der Bebauungsplanänderung gemäß § 13a (1) 2. kommt zu dem Ergebnis, dass die nach § 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB berücksichtigten Abwägungen voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen verursachen, welche die Erstellung eines Umweltberichts laut § 2a BauGB erfordern.




Bebauungsplanänderung „Gewerbegebiet an der Wiese III“

Gemeinde Steinen Gemarkung Hüsingern und Höllstein



Artenschutzrechtliches Gutachten

14.06.2016

Vorhabenträger: Gemeinde Steinen Bauamt Eisenbahnstraße 31 79585 Steinen	Auftragnehmer: Kunz GaLaPlan Kurhausstraße 3 79674 Todtnauberg  aufgestellt: 14.06.2016
Bearbeitung: Dipl.Biol. Markus Winzer	

Inhaltsverzeichnis

1	Anlass	2
2	Untersuchungsgebiet.....	3
3	Methodik und Einschränkung des Untersuchungsgegenstands	5
4	Amphibien	8
4.1	Bestand.....	8
4.2	Auswirkungen	9
4.3	Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen	10
4.4	Ausgleichsmaßnahmen	10
4.5	Prüfung der Verbotstatbestände.....	10
4.6	Artenschutzrechtliche Zusammenfassung	11
5	Reptilien.....	12
5.1	Bestand.....	12
5.2	Auswirkungen	13
5.3	Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen	13
5.4	Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen	14
5.5	Prüfung der Verbotstatbestände.....	15
5.6	Artenschutzrechtliche Zusammenfassung	16
6	Vögel	17
6.1	Bestand Vögel	17
6.2	Auswirkungen	19
6.3	Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen	19
6.4	Ausgleichsmaßnahmen	19
6.5	Prüfung der Verbotstatbestände.....	19
6.6	Artenschutzrechtliche Zusammenfassung	20
7	Literatur / Quellen	21

1

Anlass

Planvorhaben

Der Gemeinde Steinen wurden zwei Bauvoranfragen im Bereich der Gewerbefläche zwischen Wiese und Bundesstraße B 317 beim Kreisverkehrsplatz Steinen-Höllstein vorgelegt. Die Bauvoranfragen betreffen die Errichtung eines Logistikzentrums mit Büro (Paketdienst DPD) auf dem westlichen Teil der Fläche und die Errichtung eines Autohauses sowie einer Tankstelle und eines Schnellrestaurants auf dem östlichen Teil der Fläche.

Die zur Bebauung vorgesehenen Grundstücke liegen im Geltungsbereich der Bebauungspläne „Gewerbegebiet An der Wiese I“ und „Gewerbegebiet an der Wiese II“.

Die Gewerbefläche zwischen Wiese, B317, Kläranlage und Kreisverkehrsplatz ist bis heute nicht erschlossen und nicht in Nutzung. Durch die privaten Eigentümer bzw. künftigen Betreiber wurde mit den aktuellen Bauvoranfragen nun ein abgestimmtes Nutzungs- und Erschließungskonzept für die Gesamtfläche vorgelegt.

Da derzeit konkrete Planvorhaben zur baulichen Realisierung des Gewerbegebiets an der Wiese vorliegen, die deutlich von den im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzten Nutzungsarten, Baugrenzen, geänderte Erschließung usw. abweichen, wird die erneute Änderung des Bebauungsplans notwendig. Die Änderung erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB.

§ 44 BNatSchG

Die artenschutzrechtliche Einschätzung dient dazu die Auswirkungen der geplanten Baumaßnahme auf die Tiergruppen der Avifauna (Vögel) und Herpetofauna (Amphibien und Reptilien) sowie der Fledermäuse im Hinblick auf die Verbotsbestände des § 44 BNatSchG Abs. 1-3 in Zusammenhang mit Abs. 5. zu untersuchen und zu beurteilen.

Dies bedeutet konkret:

§ 44 (1) 1 (Tötungsverbot): „Es ist verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.“

§ 44 (1) 2 (Störungsverbot): „Es ist verboten, wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.“

§ 44 (1) 3 (Schädigungsverbot): „Es ist verboten, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.“

In den Ausnahmebestimmungen gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG sind verschiedene Einschränkungen enthalten. Danach gelten die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 Abs. 1 Nr. 1 (Tötungsverbot) nicht in Verbindung mit § 44 Abs. 1 Nr. 3 (Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten), wenn sie unvermeidbar sind und die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

2 Untersuchungsgebiet

Lage im Raum

Schutzgebiete

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt auf zwei Gemarkungen und umfasst auf Gemarkung Höllstein das Grundstück Flst.Nr. 202 sowie auf Gemarkung Hüsing die Grundstücke Flst.Nr. 353, 354, 357, 351 (Teil) und 350.

Im Norden wird das Gebiet durch den Fluss „Wiese“ und im Süden durch die B 317 begrenzt. Westlich schließt das Gelände der Verbandskläranlage an. Im Osten ergibt sich die Abgrenzung durch die Eisenbahnstraße. Im Einzelnen ergibt sich die Grenze des räumlichen Geltungsbereiches aus dem zeichnerischen Teil.

Topografisch liegt das Gebiet in der Wiesentalebene auf einer Höhe von circa 330 m ü.NN.

Die Gesamtfläche des Planbereiches beträgt 5,29 ha.

FFH-Gebiete

Das nächstgelegene FFH-Gebiet „Dinkelberg und Röttler Wald“, Schutzgebiets-Nr. 8312311, befindet sich nicht im Wirkraum der Maßnahme. Es sind auch keine indirekten Wirkungen auf die im Datenbogen genannten Arten zu erwarten. Die Darstellung der FFH-Verträglichkeit ist damit nicht nötig.



Abbildung 1: Lage des Plangebiets (rote Linie) und umgebende Schutzgebiete. (Quelle LUBW)

Nach § 30 BNatSchG ge- schützte Biotope

Im Wirkraum der Maßnahme, aber außerhalb des Plangebiets, befindet sich das Biotop „Feldhecke an der Wiese II“, Biotopnummer: 183123360278. Laut Biotopbogen handelt es sich um eine sehr schmale Feldhecke auf dem südlichen Hochwasserdamm der Wiese zwischen Kläranlage und Ortszufahrt Steinen.

Der Biotop ist zweischichtig aufgebaut. In der Baumschicht kommen im Abstand von ca. 10 m einzelne 10 - 15 m hohe Bäume vor, dazwischen ist dichter Bewuchs von Straucharten zu verzeichnen. Die Krautschicht ist artenarm. Nach Süden wird die Hecke durch die asphaltierte Zufahrt zum Klärwerk begrenzt, hier wird die Hecke regelmäßig geschnitten, so dass eine dichte, wandartige Struktur entsteht.

Biotoptypen	Die nachfolgend beschriebenen Biotoptypen wurden im Gelände erfasst.
Feldhecke mittlerer Standorte 41.22	Auf dem südlichen Hochwasserdamm der Wiese stockt eine relativ strukturreiche Gehölzhecke, die als nach § 30 BNatSchG besonders geschütztes Biotop Nr. 83123360278 kartiert ist. Das Biotop liegt außerhalb des Planungsbereichs und wird nicht beeinträchtigt.
Feldgehölz 41.10	Am nördlichen Rand des Plangebiets hat sich im zentralen Bereich ein Feldgehölz entwickelt. Es besteht aus Robinien, Ahorn, Hasel, Weiden, Weiß- und Schwarzdorn, Hartriegel und Holunder. Der Unterwuchs ist überwiegend von Brombeeren, vereinzelt Goldruten und sonstigen Hochstauden geprägt. Im Bodenbereich finden sich Erdaufschüttungen bzw. überwachsenen Schuttablagerungen eines ehemals vorhandenen Bauernhofes. Außerdem durchzieht der Graben eines alten Wasserstellwerks das Gehölz.
Ruderalflächen und Saumgesellschaften 35.10 35.60	Entlang des Wirtschaftsweges im Norden, im Grenzbereich zur Kläranlage und im Seitenbereich des zentralen Feldgehölzes sind ruderalisierte Flächen vorhanden. Auf den Flächen überwiegen Altgras- und Brombeerbestände sowie Brennnesselblüten. Dazwischen sind Eschen-, Hartriegel- und Ahornsämlinge vorhanden. Größere Bäume und Strauchbestände sind in diesem Bereich nicht vorhanden.
Baumbestand an der B 317 45.10	Im unmittelbaren Seitenbereich der B 317 sind auf dem Straßenböschungen Einzelbäume vorhanden. Die Bergahornbäume weisen einen Stammdurchmesser von 40 bis 60 cm auf. Im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen für den Bau des Kreisverkehrs wurden weitere Baumpflanzungen zur Ergänzung der vorhandenen Baumreihe festgelegt. Teilweise haben sich zwischen den Bäumen Feldhecken entwickelt, überwiegend bestehend aus Weidengehölzen.
Fettwiesen mittlerer Standorte 33.41	Der größte Teil der zu überplanenden Fläche ist als artenarme Fettwiese einzustufen. Es dominieren Hochgräser wie Wiesenfuchsschwanz, Glatthafer, Knäuelgras und Wolliges Honiggras. Als Krautarten treten Löwenzahn, Großer Sauerampfer oder Wiesenlabkraut sowie weitere typische Arten der Fettwiese in Erscheinung.
Versiegelte Flächen 60.21	Im Plangebiet sind mit dem asphaltierten Rad- und Wirtschaftsweg sowie den Fundamentresten eines Gebäudes versiegelte Flächen vorhanden, die aufgrund als Flächen mit geringer Bedeutung als Lebensraum einzustufen sind. Auf der betonierten Grundfläche des ehemaligen Stallgebäudes hat sich ein Moospolster ausgebildet. Zwischen den Moospolstern wächst ein Bestand des Dreifinger-Steinbrechs.

3 Methodik und Einschränkung des Untersuchungsgegenstands

Vorbemerkung Das Plangebiet wurde im Januar 2016 zur Aufnahme der Biotopstruktur und anschließend mehrfach zur artspezifischen Kartierung begangen. Anhand der vorgefundenen Strukturen wurde eine Biotoptypenbeschreibung erstellt. Auf der Grundlage der Biotoptypenkartierung und deren Ausprägung sowie der nachgewiesenen Arten wurde für die artenschutzrechtliche Einschätzung das zu erwartende Artenspektrum definiert.

Ergänzend dazu erfolgten Datenrecherchen zu den relevanten Artengruppen. Hierbei wurden Daten der LUBW sowie die Grundlagenwerke zu den landesweiten Kartierungen der Amphibien & Reptilien (Laufer et al. 2007) bzw. der Avifauna (Hölzinger, J. et al 1999 & 2001) herangezogen. Weitere Daten lagen aus eigenen Datenbanken sowie über die LUBW zugänglichen Datenbanken (z.B. windkraftrelevante Tierarten, Weißstorch, Wanderfalke etc., Artensteckbriefe) vor. Auch eine Abgleichung mit den Fundpunkten des Artenschutzprogramms (ASP) sowie eine Auswertung des Zielartenkonzepts fanden statt.

Amphibien Im Gebiet fanden im Jahre 2016 mehrere Begehungen statt, die gesondert artspezifische Habitate der Amphibien begutachteten. Die beiden wassergefüllten Tröge wurden auf Einzeltiere bzw. Laich etc. abgesucht. Entsprechende Tageshabitate wie Steine, Bretter, Totholzbereiche etc. wurden auf eventuell darunter sitzende Tiere untersucht. Gleichzeitig fanden Befragungen der Anrainer statt, die gleichzeitig Mitarbeiter der Kläranlage sind und daher für beide Bereiche Auskunft geben konnten.

Reptilien Im Gebiet fanden im Jahre 2016 mehrere Begehungen statt, die gesondert artspezifische Habitate der Reptilien begutachteten. Entsprechende Habitate wurden bei idealen Witterungsbedingungen langsam abgeschnitten. Entsprechende Habitate wie Steine, Bretter, Totholzbereiche etc. wurden auf eventuell darunter sitzende Tiere untersucht. Gleichzeitig fanden Befragungen der Anrainer statt, die gleichzeitig Mitarbeiter der Kläranlage sind und daher für beide Bereiche Auskunft geben konnten.

Avifauna Im Gebiet fanden im Jahre 2016 mehrere Begehungen statt, die gemäß der methodischen Vorgaben von Südbeck das Plangebiet untersuchten. Bruthinweise wurden über revieranzeigende Merkmale erfasst. Die Untersuchung der Nahrungshabituatfunktionen der Fläche wurden durch Beobachtung der einfliegenden bzw. über dem Plangebiet kreisenden Tiere gemacht.

Fledermäuse Die bestehenden Bäume wurden auf eine potentielle Tauglichkeit als Strukturhabitate für Fledermäuse begutachtet. Im Bereich des ehemals hier vorhandenen Gebäudes ist noch eine einfliegbare Unterkellerung vorhanden. Diese wurde jedoch bereits auf eine Eignung als Fledermausquartier hin untersucht. Es handelt sich nur um einen kleinen Betonschacht, der sich weder als Winter- noch als Sommerquartier eignet.

Somit können auf den Eingriffsflächen Winter-, Sommer- oder Zwischenquartiere ausgeschlossen werden. Eine Nutzung der größeren Bäume entlang der B 317 als Zwischenquartier ist zwar potentiell möglich, jedoch aufgrund der massiven Störfwirkungen durch den Straßenverkehr wenig wahrscheinlich. Da diese Bäume zudem erhalten werden, entstehen hier weder Beeinträchtigungen durch Verlust von Orientierungslinien noch von Quartieren.

Somit könnte für die Fledermausfauna allenfalls eine Beeinträchtigung durch den Verlust der Grünlandflächen als Jagdhabitat entstehen. Da Fettwiesen aber eine untergeordnete Rolle in dieser Hinsicht spielen und in der Umgebung mit den Feuchtwiesen südlich der B 317 und der Wiese nördlich des Plangebietes ungleich geeignetere Jagdhabitate zur Verfügung stehen, ist durch die Bebauung nicht mit einem Verlust von essentiell bedeutenden Jagdhabitaten zu rechnen.

Auf weitere Untersuchungen zur Fledermausfauna wird verzichtet.

Sonstige Arten des Zielarten- konzepts

Als weitere Arten mit potentieller Prüfrelevanz werden im Zielartenkonzept einige Schmetterlingsarten und Libellenarten genannt. Sie haben jedoch erhöhte Ansprüche an ihre Habitatstrukturen, die im Plangebiet nicht vorhanden sind. Ein Vorkommen kann somit im Plangebiet weitgehend ausgeschlossen werden.

Für die im FFH-Bogen „Dinkelberg und Röttler Wald“ genannte Helm-Azurjungfer ist der bestehende und trockene Wiesengraben nicht nutzbar. Die Lauschschrecke als Art der Feuchtwiesen ist zwar im Wiesental verbreitet, allerdings sind die für die Art nötigen Verhältnisse der Bodenfeuchtigkeit im Eingriffsgebiet nicht gegeben. Strukturen für totholzbewohnende Käfer sind ebenfalls nicht vorhanden.

Tabelle 1 Übersicht über die Begehungstermine (Stand 24.04.2016)

Datum	Zeit	Anlass	Wetter
14.12.2015	15.00-16.00	Nachkontrolle Habitatstruktur, Kontrolle Wintergäste Vögel, Kontrolle Überwinterung Fledermäuse im Kellerquartier.	Sonnig, kalt.
12.02.2015	16.00-16.30	Nachkontrolle Baumbestand, Kontrolle Wintergäste Vögel.	Bewölkt, kalt.
09.03.2016	8.30-9.30	Erste methodische Kartierung, Erfassung Zufallsbeobachtungen Wintergäste und Zugvögel.	Bewölkt, kalt.
21.03.2016	8.00-9.30	Kontrolle Herpetofauna (Amphibien), Erfassung Zufallsbeobachtungen Wintergäste und Zugvögel.	Sonnig, noch frisch. Ca. 12 C
15.04.2015	8.00-9.00	Kontrolle Herpetofauna (Amphibien), Zweite methodische Erfassung Vögel, Zufallsbeobachtungen Wintergäste und Zugvögel.	Sonnig, frisch. Ca. 10 C
18.04.2015	8.00-9.00	Kontrolle Herpetofauna (Amphibien), Dritte methodische Erfassung Vögel, Zufallsbeobachtungen Zugvögel.	Sonnig, frisch, Aufhellend zum Frühlingshoch / Ca. 12 C
19.04.2015	8.00-9.30	Kontrolle Herpetofauna (Amphibien und Reptilien), Vierte methodische Erfassung Vögel, Zufallsbeobachtungen Zugvögel.	Frühlingshaft, 10 Grad
	15.00-16.30	Kontrolle Herpetofauna (Amphibien und Reptilien), Zufallsbeobachtungen Vögel.	Frühsommerhaft 22 Grad, Sonnig.
20.04.2016	15.00-15.30	Kontrolle Herpetofauna (Amphibien und Reptilien), Zufallsbeobachtungen Zugvögel.	Frühsommerhaft 24 Grad, Sonnig.
	8.00-11.00	Habitatkontrolle Amphibien, Reptilien, Fledermäuse, Gebäude etc.	Aufhellend, ~16 C
22.04.2016	15.00-15.30	Kontrolle Herpetofauna (Amphibien und Reptilien), Zufallsbeobachtungen Zugvögel.	Frühsommerhaft 24 Grad, Sonnig.
28.04.2016	16.00-16.30 Uhr	Wiesenmähd Beobachtung auf Nutzung der Fläche als Nahrungshabitat für Vögel	Sonnig
29.04.2016	8.00-8.30	Beobachtung auf Nutzung der Fläche als Nahrungshabitat für Vögel	Sonnig
29.04.2016	13.00-14.00	Beobachtung auf Nutzung der Fläche als Nahrungshabitat für Erstnachweise Reptilien	Sonnig
29.04.2016	17.00-17.30	Beobachtung auf Nutzung der Fläche als Nahrungshabitat für Vögel	Sonnig
02.05.2016	8.00-8.30 Uhr	Beobachtung auf Nutzung der Fläche als Nahrungshabitat für Vögel	Sonnig

03.05.2016	8.00-8.30 Uhr	Beobachtung auf Nutzung der Fläche als Nahrungshabitat für Vögel	Sonnig
10.05.2016	8.00-8.20 Uhr	Beobachtung auf Nutzung der Fläche als Nahrungshabitat für Vögel	Sommerlich, aber diesig.
10.05.2016	16.00-16.30	Beobachtung auf Nutzung der Fläche als Nahrungshabitat für Vögel	Sonnig
11.05.2016	8.00-8.20 Uhr	Beobachtung auf Nutzung der Fläche als Nahrungshabitat für Vögel	Sommerlich, aber diesig.

4 Amphibien

4.1 Bestand

Bestand, Lebensraum und Individuen

Im Eingriffsgebiet selbst konnten trotz intensiver Nachforschung bisher keine Amphibienarten nachgewiesen werden. Fortpflanzungshabitate sind nicht betroffen. Die Nachweisstellen liegen außerhalb des Eingriffsgebiets und werden durch die Planung nicht beeinträchtigt. Falls Amphibien im Eingriffsgebiet vorkommen, kann es sich lediglich um Einzeltiere vermutlich von Grasfrosch oder Erdkröte handeln, die im Rahmen der jahresperiodischen Wanderungen oder der Arealerweiterung ggf. vorkommen könnten. Das Risiko einer Schädigung dieser Tiere liegt im Bereich des allgemeinen Lebensrisikos dieser Arten und eine Beeinträchtigung der Gesamtpopulation durch den Verlust von Einzeltieren ist nicht zu erwarten.

Im Bereich der bestehenden Privathäuser im Nordwesten des Gebiets sind Gartenanlagen vorhanden, die ggf. als Tages- bzw. Sommerhabitate für Amphibien nutzbar sind. Hier wurde einmalig von der Anrainerin eine Erdkröte beobachtet. Der Beobachtungszeitraum ist nicht bekannt.

Im Bereich der Kläranlage kommt es im Rahmen der Säuberungsaktionen des Sand/Fettfangs immer wieder zu Amphibiennachweisen in teilweise hoher Stückzahl. Laut Aussage der Kläranlagenmitarbeiter handelt es sich um Froscharten, Feuersalamander und Gelbbauchunken. Die Tiere wandern vermutlich in den Bereich der Kläranlage aus den benachbarten Waldbereichen ein. Die Lage der Fortpflanzungshabitate ist nicht bekannt.

Wie die Abbildung 2 zeigt, befinden sich die für Amphibien wichtigen Habitate südlich der B 317. Hier sind vor allem für waldbewohnende Arten die entsprechenden Biotopstrukturen vorhanden. Bezüglich Feuersalamander und Gelbbauchunke kann davon ausgegangen werden, dass die für den Erhalt der Lokalpopulation fortpflanzungsfähigen Populationsanteile angesichts der Laichplatztreue und der wenig ausgeprägten Wanderneigungen in diesen Bereichen unbeeinträchtigt erhalten bleiben. Bei den im Bereich der Kläranlage nachgewiesenen Arten handelt es sich vermutlich um juvenile oder subadulte Einzeltiere, die zum Zwecke des Auffindens neuer Areale eine erhöhte Wanderbereitschaft besitzen. Da sie jedoch im benachbarten Plangebiet keine entsprechenden Habitate finden, ist ein Aufenthalt dieser Arten nicht zu erwarten.



Abb.2 Lage der Quell- und Feuchtgebiete (hellblau) sowie der Gewässerwege (blaue Linien) im Bereich des Eingriffsgebiets. Biotopkorridore und mutmaßliche Wanderrichtungen für Amphibien als gelbe Pfeile markiert. Nachweisstelle Erdkröte als oranger Punkt markiert.

Bezüglich Erdkröte und Grasfrosch ist eine Arealnutzung entlang der Wiese wahrscheinlich. Laichablagen finden in dem im benachbarten Abschnitt der Wiese angesichts des naturfernen Ausbaus des Flusses vermutlich nicht statt. Auch hier ist lediglich mit dem sporadischen Vorkommen von Einzeltieren zu rechnen. Ein Einwandern in die betroffenen Fettwiesenbereiche ist nicht zu erwarten.

Im Gebiet selbst sind keine Gewässerhabitate vorhanden. Lediglich im Bereich des teilweise abgerissenen Gebäudes befinden sich in Bodennähe noch mit Regenwasser gefüllte Wannen (Reste ehemaliger Futtertröge), die für Amphibien als Habitat jedoch nicht geeignet sind und auch nicht besiedelt waren.

Der schräg durch den zentralen Bereich des Plangebiets verlaufende Wassergraben („Der alte Teich“) hat seine Funktion als wasserführender Graben verloren. Es bestehen keine Zuflussmöglichkeiten und keine Grundwassereinströme mehr. Es konnte bisher keine Wasserführung und auch keine spezifische Vegetation festgestellt werden. mehrfaches Abgehen dieses Grabens hat keine Nachweise ergeben.

Tabelle 2 Schutzstatus der Amphibien im UG

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	FFH RL	BNatSchG	RL D	RL BW
Erdkröte	<i>Bufo bufo</i>		b	-	V
Grasfrosch	<i>Rana temporaria</i>		b	-	V
Gelbbauchunke	<i>Bombina variegata</i>	IV	s	2	2
Feuersalamander	<i>Salamandra salamandra</i>		b	-	3

Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH RL): Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume, sowie der wildlebenden Pflanzen und Tierarten.

Anhang IV: Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse, deren Entnahme aus der Natur und Nutzung Gegenstand von Verwaltungsmaßnahmen sein können

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 1. März 2010.

Rote Liste : N = momentan nicht gefährdet, D = Datengrundlage defizitär, V = Arten der Vorwarnliste,

3 = gefährdet, 2 = stark gefährdet, 1 = vom Aussterben bedroht, 0 = ausgestorben oder verschollen

4.2 Auswirkungen

Auswirkungen Im Moment ist keine Nutzung der Strukturen im Eingriffsgebiet durch Amphibien zu verzeichnen. Die Amphibien erfahren daher durch den Eingriff vermutlich keine bau-, betriebs- und anlagebedingten Beeinträchtigungen. Wichtige Gewässerhabitate gehen nicht verloren.

Als Nahrungshabitate bzw. Sommer- oder Winterlebensräume haben die Strukturen im Eingriffsgebiet vermutlich für Amphibien keine Funktionen. Die bestehenden und sporadisch von Amphibien genutzten Strukturen im Bereich der benachbarten Privathäuser und der Kläranlage sowie entlang der Wiese bleiben funktionserfüllend erhalten. Einschränkungen des Biotopverbunds sind daher ebenfalls nicht zu erwarten.

4.3

Vermeidung Minimierung

Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen

Da im Eingriffsgebiet vermutlich nur sporadisch vorkommende Einzeltiere von Grasfrosch und Erdkröte zu verzeichnen sind und eine mögliche Betroffenheit dieser Tiere im Bereich des allgemeinen Lebensrisikos liegt, werden spezifische Vermeidungsmaßnahmen nicht fällig.

4.4

Ausgleichs- maßnahmen

Ausgleichsmaßnahmen

Im Gebiet befinden sich keine Strukturen, die nachweislich von Amphibien genutzt werden. Laichhabitate sind keine vorhanden. Alle Nachweise liegen derzeit außerhalb der Planungsgrenzen. Hier befinden sich vermutlich auch die entsprechenden Biotopkorridore. Daher werden (vorgezogene) Ausgleichsmaßnahmen nicht fällig.

4.5

§ 44 (1) 1 Tötungsverbot

Prüfung der Verbotstatbestände

„Es ist verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.“

Nachweise von Amphibien im Plangebiet wurden bisher keine gemacht. Die beiden wasserführenden Tröge sind nicht besiedelt. Laichablagen sind ebenfalls nicht zu verzeichnen. Es bestehen Hinweise auf Vorkommen von Erdkröte und Grasfrosch in den benachbarten Habitaten. Das sporadische Vorkommen von wandernden Einzeltieren dieser Arten im Plangebiet kann nicht vollständig ausgeschlossen werden. Eine mögliche Betroffenheit liegt jedoch im Bereich des allgemeinen Lebensrisikos dieser Arten. Eine Beeinträchtigung der Lokalpopulationen ist nicht zu erwarten.

Aus Hinweisen auf das Vorkommen von Feuersalamander und Gelbbauchunke im Sandfang der benachbarten Kläranlage ergibt sich kein weiterer Prüfbedarf bezüglich des Tötungsverbots.

Das Tötungsverbot nach § 44 (1) 1 BNatSchG wird nicht verletzt.

§ 44 (1) 2 Störungsverbot

„Es ist verboten, wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.“

Nachweise von Amphibien im Plangebiet wurden bisher keine gemacht. Das Störungsverbot ist daher allenfalls bezüglich einer Störung während der Wanderungszeiten zu prüfen. Das sporadische Vorkommen von wandernden Einzeltieren der Arten Erdkröte und Grasfrosch kann nicht vollständig ausgeschlossen werden. Eine mögliche Betroffenheit liegt jedoch im Bereich des allgemeinen Lebensrisikos dieser Arten. Eine Beeinträchtigung der Lokalpopulationen ist nicht zu erwarten.

Aus Hinweisen auf das Vorkommen von Feuersalamander und Gelbbauchunke im Sandfang der benachbarten Kläranlage ergibt sich kein weiterer Prüfbedarf bezüglich des Störungsverbots.

Das Störungsverbot nach § 44 (1) 2 BNatSchG wird nicht verletzt.

**§ 44 (1) 3
Schädigungs-
verbot**

„Es ist verboten, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.“

Nachweise von Amphibien im Plangebiet wurden bisher keine gemacht. Die beiden vorhandenen Wasserhabitate werden von Amphibien nicht genutzt. Für die Nutzung von Ruhestätten oder Überwinterungshabitaten bestehen derzeit keine Nachweise.

Das Schädigungsverbot nach § 44 (1) 3 BNatSchG wird nicht verletzt.

4.6

Artenschutzrechtliche Zusammenfassung

Ergebnis

Im Plangebiet selbst wurden bisher keine Nachweise für Amphibien erbracht. Nutzbare Laichhabitate oder sonstige für Amphibien wichtige Gewässerhabitate sind nicht vorhanden. Im Randbereich des Plangebiets ist entlang der Wiese sowie im Bereich der Privathäuser und der Kläranlage mit dem Vorkommen von Grasfrosch und Erdkröte zu rechnen. Laichhabitate im Fluss Wiese sind vermutlich nicht vorhanden.

Südlich der B 317 befinden sich Waldgebiete, in denen ein Vorkommen von Feuersalamander und Gelbbauchunke wahrscheinlich ist. Aus diesen Gebieten heraus lassen sich immer wieder Einzeltiere im Sandfang/Fettfang der Kläranlage nachweisen. Ein Vorkommen dieser Arten im Eingriffsgebiet wurde jedoch noch nicht beobachtet und ist aufgrund der intensiven Grünlandnutzung auch nicht zu erwarten. Daher ergibt sich aus diesen Erkenntnissen keine artenschutzrechtliche Prüfrelevanz.

Eine Betroffenheit für Amphibien besteht lediglich für sporadisch vorkommende Einzeltiere von Grasfrosch und Erdkröte im Rahmen der saisonalen Wanderungen oder der Arealerweiterung. Die entsprechenden Biotopkorridore sowie möglichen Habitate rund um die Privathäuser werden durch die Planung nicht beeinträchtigt. Anlage und betriebsbedingt ist ebenfalls nicht mit Beeinträchtigungen zu rechnen. Baubedingt kann es mit geringer Wahrscheinlichkeit zu einer Schädigung von Einzeltieren der Erdkröte und des Grasfrosches kommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit geht aber über das allgemeine Lebensrisiko dieser Arten nicht hinaus. Eine Betroffenheit von Gelbbauchunke und Feuersalamander erscheint hingegen als weniger wahrscheinlich.

Da keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände erfüllt werden und da keine für den Erhalt der Lokalpopulation wichtigen Habitate beeinträchtigt werden sind keine vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen oder Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen notwendig.

Der Eingriff ist daher gemäß § 44 BNatSchG zulässig.

5

Reptilien

5.1

Bestand

Bestand

Lebensraum

Individuen

Für Reptilien sind im Plangebiet und dessen näherer Umgebung mehrere geeignete Habitate vorhanden. Im Unterwuchs des Feldgehölzes befinden sich ehemalige Schuttreste (vermutlich vom Abriss des ehemaligen Bauernhofes bestehenden Gebäudes) sowie Rückstände des ehemaligen Gebäudebodens, die heute stark ruderalisiert und überwachsen sind. Diese Bereiche könnten bei entsprechender Sonnenexposition als Habitate für Zauneidechsen und Schlingnatter tauglich sein. Bisher wurden 3 weibliche und eine männliche Zauneidechse sowie eine Schlingnatter nachgewiesen.

Im Nordosten des Gebiets befindet sich eine sonnenexponierte Straßenböschung mit teilweise aufgelockerter Struktur. Hier wurde eine Zauneidechse nachgewiesen.

Im Nordwesten des Gebiets befindet sich mit dem als Steingarten angelegten Privatgartenbereich ein weiteres nutzbares Habitat. Hier finden jedoch keine Veränderungen statt, das Grundstück bleibt unverändert erhalten. Direkt an diesen Bereich anschließend befinden sich die Dammböschungen der Kläranlage. Beide Bereiche sind nachweislich durch die Zauneidechse besiedelt.

Gemäß den Aussagen der Anrainer und den Mitarbeitern der Kläranlage ist es als wahrscheinlich anzusehen, dass die entsprechend tauglichen Habitate auf dem gesamten Gelände der Kläranlage sowie die Privatgärten von einer stabilen Population im guten Erhaltungszustand besiedelt sind.



Abbildung 2: Struktur der Eidechsenhabitate mit Artnachweisen (gelbe Flächen) rund um das Plangebiet (rote Linie). Zauneidechse (blaue Punkte); Schlingnatter (roter Punkt)

Tabelle 3 Schutzstatus der Reptilien im UG

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	FFH RL	BNatSchG	RL D	RL BW
Zauneidechse	<i>Lacerta agilis</i>	IV	Streng geschützt	V	V
Schlingnatter	<i>Coronella austriaca</i>	IV	Streng geschützt	3	3

Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH RL): Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume, sowie der wildlebenden Pflanzen und Tierarten.

Anhang V: Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse, deren Entnahme aus der Natur und Nutzung Gegenstand von Verwaltungsmaßnahmen sein können

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 1. März 2010.

Rote Liste : V = Arten der Vorwarnliste, 3 = gefährdet

5.2 Auswirkungen

Auswirkungen In den nach Westen hin außerhalb des Plangebiets liegenden Bereichen (Böschung zur Kläranlage) mit nachweislicher Besiedlung durch Zauneidechsen finden keine Beeinträchtigungen statt. Die Habitate bleiben für die Zauneidechsen erhalten. Eine erhebliche Störung durch die Bautätigkeit ist in diesen Bereichen nicht zu erwarten.

Die Baumaßnahmen könnten für die Eidechsen im Bereich der östlichen Straßenböschung eine erhebliche Störung darstellen. Daher werden hier gesonderte Maßnahmen wie das Ausweisen einer Tabuzone ggf. ergänzt durch einen Schutzzaun notwendig. Außerdem bieten sich diese Flächen als Ort für vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen an. Die Herstellung der Ausgleichshabitate muss unter Einhaltung bauzeitlicher Auflagen erfolgen, damit keine Verbotstatbestände ausgelöst werden.

Für die Zauneidechsen und Schlingnattern im Feldgehölzbereich im Norden des Gebiets entsteht durch den Neubau des Gewerbegebietes bzw. der Erschließungsstraße ein vollständiger Verlust der Habitate. Hierdurch ist die Erfüllung aller drei Verbotstatbestände gemäß § 44 (1) 1-3 BNatSchG gegeben. Entsprechende Maßnahmen der Vermeidung- und des vorgezogenen Ausgleichs werden notwendig.

5.3 Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen

Vermeidung und Minimierung Da Zauneidechsen und Schlingnattern im Bereich des Feldgehölzes und der östlichen Straßenböschung vorkommen, ist eine Inanspruchnahme dieser Bereiche nur unter Berücksichtigung der notwendigen Vermeidungsmaßnahmen zulässig.

Die Arbeiten bzw. ggf. vorzeitig durchzuführende Vergrämuungsmaßnahmen müssen zeitlich dem Lebenszyklus der Tiere angepasst werden. Die Tiere müssten in ihrer Aktivitätszeit, aber außerhalb ihrer Fortpflanzungszeit, aus diesen Habitaten vergrämt werden.

Die Vergrämung muss in den Monaten April/Mai oder September/Oktober erfolgen, da sowohl die Alt- als auch die Jungtiere in diesen Phasen ausreichend mobil sind um aus dem Gefahrenbereich zu flüchten bzw. die Eiablagezeit noch nicht begonnen hat. Die besiedelten Flächen müssen mit einer Folie abgedeckt und die Tiere in Richtung der vorgezogen hergestellten Ausgleichshabitate vergrämt werden. Um diese sicher zu stellen sind per Zaun abgeschirmte Leitkorridore einzurichten.

Die Maßnahmen müssen von der ökologischen Baubegleitung koordiniert werden und sind mit einer Erfolgsbilanz zu belegen. Zusätzlich muss ein mehrjähriges Monitoring stattfinden.

Die Umsetzung der Maßnahmen ist durch eine ökologische Baubegleitung zu überwachen und zu betreuen.

5.4

Ausgleichs- maßnahmen

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen

Da die Zauneidechsen und die Schlingnatter innerhalb des Feldgehölzes vorkommen und hier durch die Überbauung alle relevanten Lebensraumstrukturen verloren gehen, sind vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen notwendig. Die Ausgleichshabitate müssen in räumlicher Nähe innerhalb des Plangebiets liegen. Hierfür kommen nur Bereiche im Osten und Südosten des Plangebiets in Frage. Hier sind vor Beginn der Bauarbeiten bzw. der Vergrämuungsmaßnahmen entsprechend geeignete Habitatstrukturen herzustellen, in die die Tiere vergrämt werden könnten.

Entlang der südlich exponierten Böschung sind in regelmäßigen Abständen Steinschüttungen mit Sonderhabitate wie Totholzhaufen, Wurzelstubben, Grobgestein, Sandlinsen etc. herzustellen.

Die Habitatgestaltung sollte sich der Baumreihe entlang der B 34 folgend weiter nach Westen erstrecken, um einen Biotopverbund zu den bestehenden Standorten im Bereich der Kläranlage herzustellen.



Abb.4: Übersicht über die Schutzmaßnahmen für Eidechsen und Schlangen. Schutzzäune (gelbe Linie), flächige und punktuelle Ersatzhabitate (weiß-rot), Vergrämuungsbereich (grau).

Da eine Vergrämung in die Randbereiche der B 34 zu einer Erhöhung des Lebensrisikos der Arten führen könnte und da diese Bereiche durch die Beschattung der Bäume für Eidechsen nicht optimal sind, muss die Gestaltung der Ausgleichshabitate die entsprechenden Struktur- und Kleinklimabedingungen im ausreichenden Abstand zur Straße hin garantieren. Daher müssen hier entsprechend angeordnete Steinriegel in Ergänzung zu den notwendigen Strukturhabitaten eingerichtet werden.

Die Umsetzung der Maßnahmen ist durch eine ökologische Baubegleitung zu überwachen und zu betreuen.

5.5

Prüfung der Verbotstatbestände

§ 44 (1) 1

Tötungsverbot

„Es ist verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.“

Im Bereich des nördlichen Feldgehölzes kommen Schlingnattern und Zauneidechsen vor. Sie nutzen diesen Bereich ganzjährig und haben hier daher auch ihre Winterhabitate.

Zur Vermeidung von Tötungstatbeständen sind die Tiere in den dafür geeigneten Zeitabschnitten (April/Mai oder September/Okttober) aus den entsprechenden Bereichen zu vergrämen.

Die hierfür erforderliche Beseitigung der Gehölzvegetation muss vorsichtig und von Hand ausgeführt werden, so dass keine tieferen Bodenbereiche und Verstecke der Tiere beeinträchtigt werden.

Die weiteren Maßnahmen der Baufeldfreiräumung (z.B. die Entfernung der noch vorhandenen Gebäuderückstände und Abbruchhalden) dürfen erst nach erfolgreicher Vergrämung der Tiere erfolgen.

Die Tiere werden in den östlichen, südlichen und westlichen Bereich der Planfläche vergrämt. Hier sind bereits vereinzelt Eidechsenvorkommen vorhanden. Um die vergränten Tiere aufnehmen zu können, finden in diesem Bereich umfangreiche Maßnahmen der Strukturaufwertung durch die Gestaltung vorgezogener Ausgleichshabitate statt. Diese Bereiche sind mit Beginn der Vergrämung und während der gesamten Bauphase mittels eines Schutzzaunes abzugrenzen.

Das Tötungsverbot nach § 44 (1) 1 BNatSchG wird nicht verletzt.

§ 44 (1) 2

Störungsverbot

„Es ist verboten, wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.“

Die Habitate der im westlichen Randbereich zum Eingriffsgebiet lebenden Zauneidechsen (Kläranlage und Privathäuser) werden nicht beeinträchtigt. Daher kann angenommen werden, dass in diesen Bereichen auch bei unmittelbarer Nähe der Bautätigkeiten keine erhebliche Störung stattfindet. Außerdem haben die Tiere die Möglichkeit, sich in störungsfreie Bereiche zurückzuziehen. Zur weiteren Minderung von Störungen sollte im Grenzbereich zu diesen Bereichen ein Schutzzaun errichtet werden.

Für die im zentralen Feldgehölz lebenden Reptilienarten ist von einem vollständigen Habitatverlust auszugehen. In diesem Fall unterliegt der Verbotstatbestand der Störung den Verbotstatbeständen der Schädigung und der Tötung.

Bauzeitliche Anpassungen der Maßnahmen müssen garantieren, dass für diese Tiere keine Störung während der Wintermonate gegeben ist. Auf Grund der anschließenden Vergrämung der Tiere ist nicht mit einer weiteren Erfüllung des Störungstatbestands zu rechnen.

Für die Tiere, die bereits im Osten des Plangebiets und damit im Bereich der für die vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen anvisierten Flächen leben, muss durch bauzeitliche Vermeidungsmaßnahmen garantiert werden, dass die Herstellung der Ersatzhabitate keine erheblichen Störwirkungen mit sich bringt.

Das Störungsverbot nach § 44 (1) 2 BNatSchG wird nicht verletzt.

§ 44 (1) 3 Schädigungs-verbot

„Es ist verboten, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.“

Im Bereich des zentralen Feldgehölzes kommt es zu einer vollständigen Überbauung und damit zu einem Habitatverlust aller für den Lebenszyklus von Reptilien notwendigen Strukturhabitate. In der näheren Umgebung befinden sich keine Biotopanteile, die den Habitatverlust direkt kompensieren können. Daher muss für diesen Verlust ein vorgezogener Ausgleich geleistet werden. Er besteht in einer Habitataufwertung des östlichen und südlichen Straßenrandbereichs. Im südwestlichen Eck des Plangebiets müssen ebenfalls zusätzliche Strukturhabitate eingerichtet werden.

Das Schädigungsverbot nach § 44 (1) 3 BNatSchG wird nicht verletzt.

5.6

Ergebnis

Artenschutzrechtliche Zusammenfassung

Im Vorhabenbereich wurden Zauneidechsen und Schlingnattern im Frühjahr / Frühsommer 2016 kartiert.

Die Vorkommen der Zauneidechse auf den Böschungsflächen zur Kläranlage werden durch die Baumaßnahme nicht beeinträchtigt. Verbotstatbestände werden hier nicht erfüllt.

Durch den vollständigen Verlust des Feldgehölzes erfolgt hier auch der vollständige Verlust der vorhandenen Lebensraumstrukturen für die hier festgestellten Zauneidechsen- und Schlingnattervorkommen.

Um hier artenschutzrechtliche Verbotstatbestände zu vermeiden, sind unter Beachtung der Aktivitätsphasen der Tiere entsprechende Vergrämuungsmaßnahmen durchzuführen. Die vorhandenen Gehölze dürfen nur von Hand und ohne Maschineneinsatz entfernt werden. Die anschließende Vergrämuung darf nur in den Monaten April/Mai und September/Okttober umgesetzt werden.

Vor Beginn der Vergrämuungsmaßnahmen müssen vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen mit Herstellung von Habitatstrukturen (Steinhaufen, Winterquartiere, Totholzbereiche, usw.) für die Reptilien erfolgen. Diese sind in den östlichen und südlichen Rand- und Grünflächen umzusetzen.

Um ein Einwandern von Tieren in den Baustellenbereich zu vermeiden, sind sowohl das Feldgehölz als auch die Grünflächen mit den vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen mit einem von Reptilien nicht übersteigbaren Schutzzaun abzugrenzen.

Die ordnungsgemäße Umsetzung der Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie der vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen ist durch eine ökologische Baubegleitung zu koordinierenden. Des Weiteren ist die Sicherung des Reptilienbestandes im Rahmen eines Monitorings zu dokumentieren.

Bei Einhaltung der artenschutzrechtlichen Vorgaben kann das Eintreten der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG sicher ausgeschlossen werden.

6 Vögel

6.1 Bestand Vögel

Bestand Lebensraum und Individuen

Gemäß der Habitatstrukturen ergibt sich vermutlich eine geringe Betroffenheit für schutzrelevante Vogelarten. Im Gebiet sind keine Bäume vorhanden bzw. die vorhandenen Bäume entlang der B 317 bleiben vollständig erhalten.

Zu erwarten sind die weit verbreiteten und teilweise landesweit mit hohen Bestandszahlen aufwarteten Vogelarten des Siedlungs- und Kulturlandbereichs. Mit dem Feldgehölz gehen für einen Teil dieser Arten entsprechende Habitatstrukturen verloren.

Über die erfolgten Recherchen und Untersuchungen wurde eine regelmäßige Nutzung der Wiesenfläche durch Graureiher, jedoch keine oder allenfalls eine untergeordnete Nutzung durch Weißstörche.

Gemäß der Verbreitungskarten der Ornithologischen Gesellschaft Baden-Württemberg befinden sich keine Brutnachweise des Graureihers im Messtischblatt. Es ist nur eine größere Brutkolonie aus dem Rheinvorland bekannt. Daher verliert der Graureiher lediglich einen unerheblichen Teil seines Nahrungshabitats, der sich nicht auf die Brutfähigkeit im Rheinvorland auswirken wird.

Bezüglich des Weißstörchs befindet sich gemäß den Verbreitungskarten der LUBW ein Horststandort auf einem Firmengelände in Schopfheim Nord. Trotz mehrfacher Suche konnte der Horststandort auf dem nicht mehr bestehenden Fabrikgelände bisher nicht mehr nachgewiesen werden.

Die weiteren Brutstandorte betreffen den Vogelpark Steinen. Die hier brütenden Vögel werden jedoch gefüttert, so dass für diese Vögel eine potentielle Einschränkung ihres Nahrungshabitats durch den Verlust der Fläche nicht relevant ist.

Das Plangebiet stellt für Weißstörche offensichtlich kein essentiell bedeutendes Nahrungshabitat dar. Im Frühjahr 2016 konnten keine Nachweise erbracht werden. Es befinden sich keine für Weißstörche tauglichen Sonderhabitate wie Feuchtwiesenbereiche, Wassergräben, Quelltöpfe etc. im betroffenen Bereich. Die Wiesenbestände sind zu wenig ausgedehnt und liegen in der Nähe von Bahn und Straße, so dass eine hohe Störungsrate vorhanden ist. Daher ist davon auszugehen, dass das Plangebiet weder im Gesamtrevier der regional verbreiteten Weißstörche als auch als konkretes Nahrungshabitat eines in unmittelbarer Umgebung brütenden Brutpaars keine wesentliche Rolle spielt.

Selbst sporadische Nachweise von Einzeltieren auf der Eingriffsfläche konnten im Jahr 2016 bisher nicht erbracht werden. Ein Verlust der Flächen wird die Weißstörche an ihren jeweiligen Brutstandorten weder von der Brut abhalten, noch die Aufzucht der Jungen gefährden. Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der lokalen Population sind damit nicht gegeben.

Die betroffenen Flächen liegen innerhalb eines bekannten Durchzugs- und Rastkorridors der Störche im Frühjahrs- und Herbstzug. Eine regelmäßige Nutzung der Flächen von größeren Ansammlungen während der Zugzeiten wurde bisher jedoch noch nicht beobachtet.

Eine regelmäßige Nutzung der Fläche als Jagdhabitat für sonstige Greifvögel konnte ebenfalls nicht beobachtet werden.

Die folgende Auflistung orientiert sich an den bisher gemachten Nachweisen.

Tabelle 4: Übersicht über die vorkommenden Vogelarten im Eingriffsgebiet.

Nr.	deutscher Artname	wissenschaftlicher Artname	Status	1	2	3	4	Rote Liste Ba.Wü.
				09.03.2016	15.04.2016	18.04.2016	18.04.2016	
1	Amsel	<i>Turdus merula</i>	B	1	1			
2	Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>	NG				1	
3	Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>	B	1	2		1	
4	Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	NG		3	1	1	
5	Eichelhäher	<i>Garrulus glandarius</i>	NG			1		
6	Elster	<i>Pica pica</i>	NG		1		1	
7	Gartengrasmücke	<i>Sylvia borin</i>	NG	1			1	
8	Feldsperling	<i>Passer montanus</i>	B				1	V
9	Gebirgsstelze	<i>Motacilla cinerea</i>	NG	1			1	
10	Graureiher	<i>Ardea cinerea</i>	NG		1	1	1	
11	Grünfink	<i>Carduelis chloris</i>	NG/ÜF		1		2	
12	Hausrotschwanz	<i>Phoenicurus ochruros</i>	NG		1		1	
13	Haussperling	<i>Passer domesticus</i>	NG			1	1	V
14	Kohlmeise	<i>Parus major</i>	B	1				
15	Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>	B	1	1			
16	Rabenkrähe	<i>Corvus corone</i>	B		1			
17	Rauchschwalbe	<i>Hirundo rustica</i>	NG	1	1			3
18	Rotkehlchen	<i>Erithacus rubecula</i>	NG		5			
20	Stieglitz	<i>Carduelis carduelis</i>	NG	1		1		
21	Stockente	<i>Anas platyrhynchos</i>	B				1	
22	Sumpfmeise	<i>Parus palustris</i>	B				1	
23	Weißstorch	<i>Ciconia ciconia</i>	NG	0	0	0	0	V
24	Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>	B	1	2			

Status: B = Brutvogel, N = Nahrungsgast, ÜF = Überflieger

Rote Liste: Rote Liste: * = momentan nicht gefährdet, V = Arten der Vorwarnliste, 3 = gefährdet, 2 = stark gefährdet, 1 = vom Aussterben bedroht, 0 = ausgestorben oder verschollen

Europäische Vogelschutz-Richtlinie (EVR): RICHTLINIE 2009/174/EG des Europäischen

Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten. Aufgeführt ist Anhang I.

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 1. März 2010:

6.2 Auswirkungen

Auswirkungen

Durch die Entfernung des Feldgehölzes und die Freiräumung des Baufelds erfahren die hier brütenden Vogelarten vermutlich keine erhebliche Beeinträchtigung, insofern die zeitlichen Rodungsfristen als bauzeitliche Vermeidungsmaßnahme eingehalten werden.

Angesichts der Strukturen der Umgebung (Baumreihen entlang der Straßen und Sportanlagen, Feldhecken und Gehölze entlang der Kläranlage, Feldhecken entlang der Wiese etc.) ist davon auszugehen, dass der Verlust des Feldgehölzes in der Umgebung kompensiert werden kann.

Die Funktion der Fläche als Nahrungshabitat für Greif- und Schreitvögel ist vermutlich ebenfalls nicht als erheblich einzustufen und kann in der Umgebung kompensiert werden.

6.3 Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen

Vermeidung und Minimierung

Um eine Verletzung der Verbotstatbestände zu vermeiden, muss die Rodung der Gehölzbestände in der dafür gesetzlich zulässigen Zeit von Anfang Oktober bis Ende Februar erfolgen.

6.4 Ausgleichsmaßnahmen

Ausgleichsmaßnahmen

Im Eingriffsgebiet ist mit dem Entfernen von Bäumen und Gehölzen im Bereich des bestehenden Feldgehölzes zu rechnen. Diese Strukturen werden im Rahmen der naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen durch Neupflanzungen mit Einzelbäumen entlang der Erschließungsstraße sowie von Einzelbäumen und Gehölzgruppen im Bereich der Grünfläche zur B 317 ersetzt.

Mit der Rodung verbunden ist teilweise der Verlust an Baumhöhlen, Asthöhlen, Halbhöhlen etc. bei den größeren Bäumen. Dieser Strukturverlust ist im direkten Umfeld kurzfristig durch die Neupflanzungen nicht ausgleichbar. Es wird somit ein Ausgleich durch das Aufhängen künstlicher Nisthilfen (z.B. der Firma Schwegler) im folgenden Umfang erforderlich.

- 2 Kästen Typus 1 B 32 mm,
- 2 Kästen Typus 1 B 26 mm,
- 1 Kasten Typus Halbhöhlenbrüter
- 1 Starenkasten
- 1 Kasten Typus Feldsperling

6.5 Prüfung der Verbotstatbestände

§ 44 (1) 1 Tötungsverbot

„Es ist verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.“

Die notwendigen Arbeiten zur Entfernung der vorhandenen Gehölzstrukturen finden in der gesetzlich dafür zulässigen Zeit ab Oktober statt. Die zu diesem Zeitpunkt anwesenden Vögel können sich durch Flucht der Gefährdung entziehen. Eine Schädigung von Eiern und Jungvögeln ist zu diesem Zeitpunkt nicht möglich.

Das Tötungsverbot nach § 44 (1) 1 BNatSchG wird nicht verletzt.

**§ 44 (1) 2
Störungsverbot**

„Es ist verboten, wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.“

Eine Störung der Vogelarten zur Fortpflanzungs- und Aufzuchtzeit wird durch bauzeitliche Anpassungen verhindert. Eine Funktion der Fläche als Nahrungshabitat oder Sammelstelle für den Weißstorch oder andere Offenlandarten konnte bisher nicht beobachtet werden. Seltene Wintergäste waren ebenfalls nicht zu verzeichnen.

Das Störungsverbot nach § 44 (1) 2 BNatSchG wird nicht verletzt.

**§ 44 (1) 3 Schä-
digungsverbot**

„Es ist verboten, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.“

Die Offenlandbereiche erfüllen angesichts der Nachweise keine Funktion als Fortpflanzungs- oder Ruhestätte. Im Bereich des Feldgehölzes kommt es zu einem Habitatverlust an Brutstrukturen für Gehölz- und Gebüschbewohner, der aber in der Umgebung weitgehend kompensiert werden kann. Zur ergänzenden Kompensierung werden Neupflanzungen sowie das Aufhängen von 7 Nistkästen für verschiedene Vogelarten als Ausgleichsmaßnahme verfügt.

Das Schädigungsverbot nach § 44 (1) 3 BNatSchG wird nicht verletzt.

6.6

Artenschutzrechtliche Zusammenfassung

Ergebnis

Rund um das Plangebiet ist mit dem Vorkommen der in Tabelle 4 genannten Vogelarten zu rechnen. Im Eingriffsgebiet finden diese Vogelarten nur in Form des hier vorhandenen Feldgehölzes Brut- und Nahrungshabitate.

Eine Nutzung des Gebiets von schutzbedürftigen Offenlandarten kann angesichts der Biotopzerschneidungen, der Störwirkungen und der intensiven Agrarnutzung weitgehend ausgeschlossen werden. Eine Nutzung der Fläche zur Nahrungsaufnahme von Weißstörchen wurde gar nicht und von Graureihern nur sporadisch beobachtet. Die Flächen stellen daher offenbar keine Nahrungshabitate dar, deren Wegfall Beeinträchtigungen der Lokalpopulationen mit sich bringen würde.

Zur Vermeidung und Minimierung sind die gesetzlichen Rodungszeiten von Anfang Oktober bis Ende Februar einzuhalten. Weitere Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung sind nicht erforderlich.

Der mit der Rodung des Feldgehölzes verbundene Strukturverlust muss durch Neupflanzungen sowie das Aufhängen von 7 Nistkästen für verschiedene Vogelarten als Ausgleichsmaßnahme kompensiert werden.

Die Auswirkungen auf die Offenlandvögel betreffen nur den Wegfall von nicht erheblichen Nahrungshabitatanteilen des Graureihers. Sonstige Arten der offenen Feldflur sind angesichts der Verbreitungskarten, der Habitatstrukturen und der Störungsrate nicht zu erwarten.

Bei Einhaltung der genannten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie der Ausgleichsmaßnahmen mit Baum- und Heckenpflanzungen sowie dem Aufhängen von Nistkästen kann das Eintreten der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG weitgehend ausgeschlossen werden.

7 Literatur / Quellen

LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG: FFH-Arten in Baden-Württemberg - Erhaltungszustand der Arten in Baden-Württemberg. November 2008.

LAUFER, H. : Rote Liste der Amphibien und Reptilien Baden-Württembergs, 3. Fassung, Stand 31.10.1998, Aus: Naturschutz und Landschaftspflege Baden-Württemberg 73:103-133 1999.

LAUFER, H., FRITZ, K. & SOWIG, P. : Die Amphibien und Reptilien Baden-Württembergs. – 807 Seiten, Verlag Eugen Ulmer Stuttgart. 2007.

HÖLZINGER, J. et al.: Rote Liste der Brutvögel Baden-Württembergs, 5. Fassung. Stand, 31.12.2004, Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg.

HÖLZINGER, J. et al.: Die Vögel Baden-Württembergs. Bd. 3.1. Singvögel 1. Eugen Ulmer Verlag. 1999.

HÖLZINGER, J. et al.: Die Vögel Baden-Württembergs. Bd. 3.2. Singvögel 2. Eugen Ulmer Verlag. 1999.

HÖLZINGER, J. et al.: Die Vögel Baden-Württembergs. Bd. 2.3. Nicht-Singvögel 3. Eugen Ulmer Verlag. 2001.

KUNZ GALAPLAN (2014): Gemeinde Steinen - Gemarkung Höllstein, Bebauungsplan „Auf den Grienern“ Artenschutzrechtliche Prüfung Avifauna / Herpetofauna

KUNZ GALAPLAN (2015): Gemeinde Steinen - Gemarkung Höllstein, Bebauungsplan „Auf den Grienern“ Artenschutzrechtliche Prüfung Avifauna / Herpetofauna

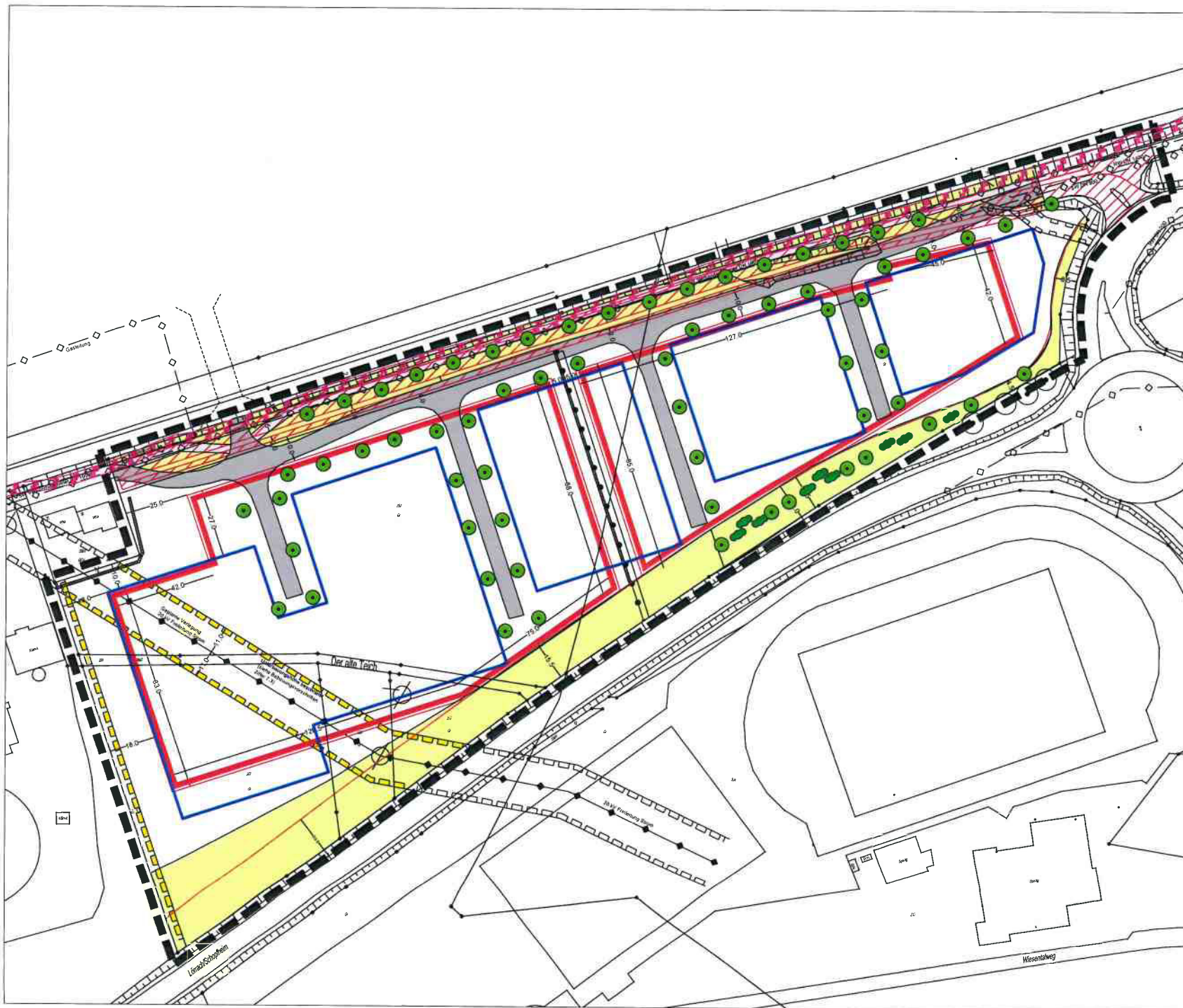
MEBS, T. & SCHMIDT, D. : Die Greifvögel Europas, Nordafrikas und Vorderasiens. Biologie, Kennzeichen, Bestände. Franckh-Kosmos-Verlag Stuttgart. 2006

SÜDBECK, P. et al.: Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. – Eigenverlag Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA), Radolfzell. 2005.

TRAUTNER, J. et al.: Geschützte Arten in Planungs- und Zulassungsverfahren. Books on Demand GmbH, Norderstedt. 2006.






TRAUTNER, J. et al.: Methodische Standards zur Erfassung von Tierartengruppen. Josef Markgraf Verlag, Weikersheim. 1992

TRUZ (2011): Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag zum Bebauungsplan „Quelleareal Steinen“



Legende

rechtskräftiger Bebauungsplan
"Gewerbegebiet an der Wiese II"

-  Baufenster
-  Grünflächen
-  Fußweg
-  Straße
-  Pflanzgebote Einzelbäume / Hecken

Sonstiges

-  Grenze § 30 BNatSchG-Biotope

Eingriffe

-  Grenze Plangebiet
-  Baufenster geplant
-  Grünflächen geplant
-  Verkehrsflächen geplant

Gemeinde Steinen

Gemarkung Hüsing/ Hölstein

Bebauungsplan "Gewerbegebiet an der Wiese III"

Abwägung der Umweltbelange

Überlagerung rechtskräftiger Bebauungsplan

PLAN M 1:1.000



Dipl. Ing. (FH) Georg Kunz
Garten- und Landschaftsplanung
Kuhleisenstraße 2 79674 Todtnau/Berg
Tel. 07671/982879 Fax 07671/982871

Stand 14.05.2010



Legende

Lebensräume mit hoher Bedeutung

-  Einzelbäume
-  Feldhecke

Lebensräume mit geringer bis mittlerer Bedeutung

-  Feldgehölz

Lebensräume mit geringer bis mittlerer Bedeutung

-  Fettwiese mittlerer Standorte

Lebensräume mit geringer Bedeutung

-  Grasreiche (sub)terrestrische Vegetation
-  Entwässerungsgraben

Defizitbereiche

-  versiegelte Flächen (Asphalt, Pflaster, Schotter)

Sonstiges

-  Grenze § 30 BNatSchG Biotope

Eingriffe

-  Grenze Plangebiet
-  Baufenster geplant
-  Grünflächen geplant
-  Verkehrsflächen geplant

Gemeinde Steinen

Gemarkung Hüsingen / Hölstein

Bebauungsplan "Gewerbegebiet an der Wiese III"

Abwägung der Umweltbelange

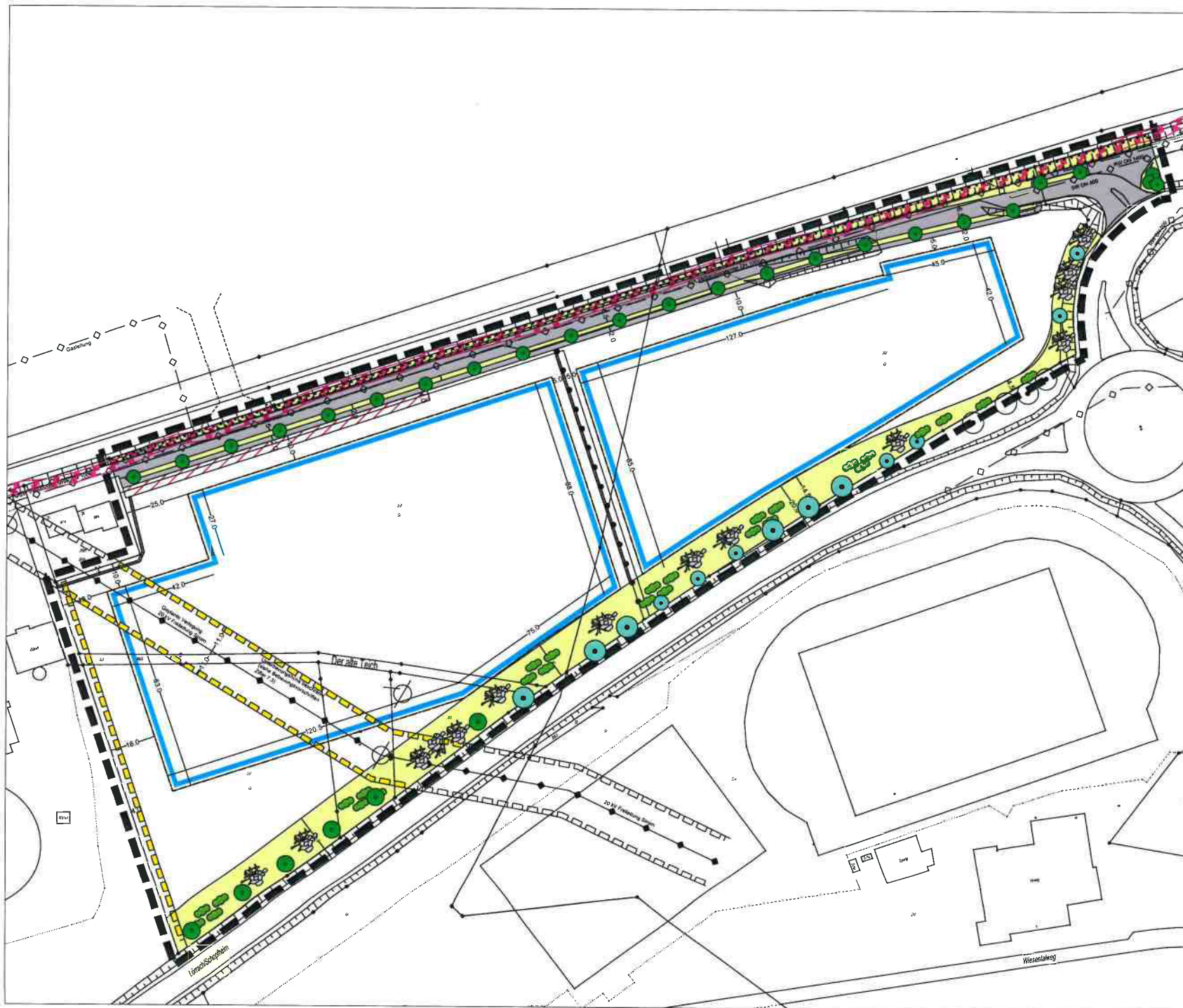
Überlagerung tatsächlicher Bestand

PLAN M 1:1.000



Dipl. Ing. (FH) Georg Kunz
Garten- und Landschaftsplanung
Kunzstraße 11, 79574 Tübingen
Tel. 07141/962870 Fax 07141/962871

Stand 14.06.2016



Legende

- Grenze Plangebiet
- Baufenster
- Verkehrsflächen
- Grünflächen
- Pflanzgebote Einzelbäume
- Pflanzgebote Hecken
- Pflanzbindung Einzelbäume
- Ersatzhabitate
- Pflanzbindung Hecken
- Sonstiges
- Grenze § 30 Blotope

Gemeinde Steinen
Gemarkung Hülsingen / Hölstein
Bebauungsplan "Gewerbegebiet an der Wiese III"

Abwägung der Umweltbelange
Massnahmen

PLAN M 1:1.000

Dipl. Ing. (FH) Georg Kunz
Garten- und Landschaftsplanung
Kornackerstr. 3, 75074 Vöhringen
Tel: 0717/1962870 Fax: 0717/1962871

Stand 14.08.2016